

Vermögensabschöpfung

Meißner / Schütrumpf

2. Auflage 2022
ISBN 978-3-406-76872-9
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Meißner/Schütrumpf
Vermögensabschöpfung


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vermögensabschöpfung

Ein Praxisleitfaden

von

Markus Meißner

Rechtsanwalt

und

Dr. Matthias Schütrumpf

Rechtsanwalt

2. Auflage 2022

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitervorschlag: Meißner/Schüttrumpf Vermögensabschöpfung Kap. ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 76872 9

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck, Bindung und Umschlaggestaltung:
Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das vorliegende Buch ist von Praktikern für die Praxis geschrieben. In die zweite Auflage wurden umfangreiche eigene Erfahrungen mit dem neuen Recht der Vermögensabschöpfung sowie die bis Ende April 2021 hierzu ergangene Rechtsprechung eingearbeitet.

Der Anspruch des Buches gilt dabei weiterhin weniger einer wissenschaftlichen Vollständigkeit als einer kompakten, verständlichen und übersichtlichen Darstellung des neuen Einziehungsrechts. Zur zusätzlichen Verdeutlichung werden viele Fallbeispiele oder den Autoren wichtig erscheinende Praxistipps aufgeführt und hervorgehoben.

Da ein Praktikerbuch selten einem Roman gleich gelesen wird, haben wir versucht, durch eine möglichst eingängige Gliederung den Zugriff auf Einzelfragen zu erleichtern. Dabei haben wir zentrale Aspekte bewusst zum Teil an verschiedenen Stellen dargestellt, um dem Leser insoweit eine „Randnummernschnitzeljagd“ zu ersparen.

In den letzten knapp vier Jahren ist sehr viel Rechtsprechung zum neuen Recht ergangen, es sind aber noch lange nicht alle Probleme gelöst. Insbes. Fragen im Zusammenhang mit der Vollstreckung von Einziehungsentscheidungen (5. Kapitel) geraten überhaupt erst in letzter Zeit zunehmend in den Fokus der Rechtsprechung.

Im 6. Kapitel wird das neue Recht der Vermögensabschöpfung aus Unternehmensperspektive beleuchtet. Unternehmen sind in ihrer Rolle als (Dritt-)Betroffene vermögensabschöpfender Maßnahmen aber auch als Geschädigte von Vermögensstraftaten bereits aktuell mit diesem Thema häufig befasst. Dies wird eher noch zunehmen, sollte es irgendwann tatsächlich zu einem eigenen „Unternehmensstrafrecht“ kommen.

Im 7. Kapitel werden weiterhin aus allgemein gültigen Regeln zur Auslegung und Ermessensausübung konkrete Vorgaben für die Rechtsanwendung des neuen Vermögensabschöpfungsrechts abgeleitet.

Unser besonderer Dank gilt Herrn Raphael Karlisch, der uns als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Erstellung dieser zweiten Auflage tatkräftig unterstützt hat.

München, April 2021

Markus Meißner

Matthias Schütrumpf

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIII
Kapitel 1. Überblick	1
A. Ausgangspunkt: Reform des Jahres 2017	1
B. Rechtsprechung	6
C. Gesetzgebung	9
Kapitel 2. Gegenstand und Instrumentarium der Abschöpfung	13
A. Objekte der Abschöpfung/Einziehung	13
B. Instrumentarium der Abschöpfung/Einziehung	30
C. Ausschluss der Einziehung	51
D. Wirkung der Einziehung	54
E. Allgemeine Grenzen	59
Kapitel 3. Vorläufige Sicherungsmaßnahmen	65
A. Instrumentarium	66
B. Verfahren der vorläufigen Sicherung	73
C. Vollziehung und Wirkung	79
Kapitel 4. Die Entscheidung über die Einziehung	97
A. Einziehungsanordnung und deren Wirkung	97
B. Selbständiges Einziehungsverfahren	100
C. Absehen von der Einziehung	101
D. Abtrennung der Einziehung	104
E. Einziehung im Nachverfahren	106
F. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	107
G. Einziehung im Jugendstrafverfahren	109
Kapitel 5. Die Vollstreckung der Einziehung	111
A. Abgrenzungsfragen und Regelungslücken	111
B. Vollstreckungsverfahren	113
C. Beteiligte des Vollstreckungsverfahrens	114
D. Entschädigung von Verletzten	121
E. Ausschluss der Vollstreckung der Einziehung	129
F. Ansprüche des Einziehungsbetroffenen	130
G. Entscheidungen im Vollstreckungsverfahren	132
Kapitel 6. Vermögensabschöpfung und Unternehmen	135
A. Das Unternehmen als (Dritt-)Betroffener	135
B. Das Unternehmen als Geschädigter	150
C. Das Unternehmen als (Dritt-)Betroffener und als Geschädigter	155
Kapitel 7. Auslegungsfragen und Ermessensausübung	157
A. Auslegungsfragen	157
B. Praxis der Ermessensausübung	163

Kapitel 8. Gebührenrecht	169
A. Gebührentatbestände im RVG	169
B. Erfasste anwaltliche Tätigkeiten	170
C. Bemessung der Wertgebühr	171
Anhang	173
Änderung der wichtigsten StGB-Normen (Synopsis)	173
Änderung der wichtigsten StPO-Normen (Synopsis)	176
Richtlinie 2014/42/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 über die Sicherstellung und Einziehung von Tatwerkzeugen und Erträgen aus Straftaten in der Europäischen Union	181
Stichwortverzeichnis	183

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIII
Kapitel 1. Überblick	25
A. Ausgangspunkt: Reform des Jahres 2017	1
I. Zielsetzung	1
II. Gesetzgebungsverfahren	1
III. Inhalt der Reform und Begründung	2
1. Umfassender Reformansatz	2
2. Geltung und Übergangsvorschriften	2
a) Grundsatz der umfassenden Geltung	2
b) Ausnahmen	3
c) Kein Rückwirkungsverbot	3
3. Begründung in den Materialien	3
a) Allgemein	3
b) „Kernstück“ der Reform	4
c) Konkretisierung des „Bruttoprinzips“	5
d) Schließen von „Abschöpfungslücken“	5
B. Rechtsprechung	6
I. Anwendbarkeit neuen Rechts auf Altfälle	6
II. Anwendung im Jugendstrafrecht	7
III. Definition des Erlangens	7
1. Fälle des sog. transitorischen Besitzes	7
2. „Durchgriffs“-Erlangen	8
IV. Selbständiges Einziehungsverfahren	8
V. Hinweispflicht des Gerichts	8
VI. Einziehung und Verständigung	9
C. Gesetzgebung	9
I. Kein Erlöschen des Steueranspruchs bei Verjährung	9
II. „Nachjustieren“ der Reform	9
Kapitel 2. Gegenstand und Instrumentarium der Abschöpfung	13
A. Objekte der Abschöpfung/Einziehung	13
I. Tatmittel, Tatobjekte, Tatprodukte	13
1. Tatmittel	13
a) Begriff und Erläuterung	13
b) Beispiele aus der Rechtsprechung	14
c) Einziehung von Kraftfahrzeugen und Grundstücken	14
2. Tatobjekte	15
a) Begriff und Erläuterung	15
b) Beispiele aus der Rechtsprechung	16
3. Tatprodukte	16
a) Begriff und Erläuterung	16
b) Beispiele aus der Rechtsprechung	17
4. Wert von Tatmitteln, Tatobjekten, Tatprodukten	17
a) Begriff des Wertersatzes	17
b) Bestimmung der Höhe des Wertersatzes	17

II. Taterträge, Wert von Taterträgen	18
1. Umfang – Bestimmung des „Erlangten“	18
a) Tatertrag	18
b) Gezogene Nutzungen, Surrogate	20
c) Wert des Tatertrages	22
aa) Begriff	22
bb) Unmöglichkeit der Einziehung des Tatertrages	22
cc) Absehen von der Surrogatseinziehung	22
dd) Einziehung von Wertersatz neben der Einziehung	23
ee) Maßgeblicher Zeitpunkt für die Wertbestimmung	23
2. Höhe – Bestimmung des Wertes des „Erlangten“	24
a) Bruttoprinzip	24
aa) Rein tatsächliche Bestimmung des Erlangten (§ 73 Abs. 1 StGB)	24
bb) Konkretisierung und Beschränkung des Abzugsverbots (§ 73d Abs. 1 StGB)	25
b) Beispiele	27
c) Problemfälle	27
d) Steuern	28
aa) Ertragssteuern	29
bb) Verbrauchssteuern	29
III. Verkörperungen eines Inhalts	30
1. Begriff und Erläuterung	30
2. Beispiele aus der Rechtsprechung	30
B. Instrumentarium der Abschöpfung/Einziehung	30
I. (Einfache) Einziehung	31
1. Begriff und allgemeine Voraussetzung	31
2. Einziehung beim Tatbeteiligten	31
a) Einziehung gem. § 74 StGB	31
b) Einziehung gem. § 73 StGB	32
3. Einziehung von Wertersatz beim Tatbeteiligten	33
a) Wertersatz – Allgemein	33
b) Wertersatz gem. § 74c StGB	33
c) Wertersatz gem. § 73c StGB	33
4. Einziehung beim Drittbeteiligten	34
a) Einziehung von Taterträgen	34
aa) Verschiebungsfall	35
bb) Vertretungsfall	36
cc) Erbfall	37
b) Einziehung des Wertes des Tatertrages	38
c) Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten	38
II. Erweiterte Einziehung von Taterträgen	39
1. Begriff und allgemeine Voraussetzung	39
a) Umfassender Anwendungsbereich	39
b) Beweiserleichterungen gegenüber der (einfachen) Einziehung	40
c) Kein Rückwirkungsverbot	40
d) Subsidiarität	40
2. Erweiterte Einziehung des Tatertrages beim Tatbeteiligten	41
a) Zweifelsfreie richterliche Überzeugungsbildung	41
b) Hilfskriterien des § 437 StPO	41
3. Erweiterte Einziehung des Tatertrages beim Drittbeteiligten	42
4. Erweiterte Einziehung des Wertes von Taterträgen	43
a) Beim Tatbeteiligten	43
b) Beim Drittbeteiligten	43
III. Selbständige Einziehung	44
1. Erweiterter Anwendungsbereich	44
2. Fallgruppen	45
a) Nachträglich gegenüber dem Verurteilten/ Drittbeteiligten	45

b) Selbständig gegenüber dem Verdächtigen ohne vorhergehende gerichtliche Tatfeststellung	46
c) Selbständig gegenüber dem Unverdächtigen nach Freispruch oder Einstellung	46
aa) Verdacht einer Katalogtat	47
bb) Zweifelsfreie richterliche Überzeugung	47
cc) Ermessensausübung	48
dd) Kein Rückwirkungsverbot	48
ee) Subsidiarität	49
IV. Sicherungseinziehung	49
1. Beim Tatbeteiligten	49
2. Beim Drittbeteiligten	49
a) Grundsatz der Entschädigungspflicht	49
b) Ausnahmen von der Entschädigungspflicht	50
c) Rückausnahme in Härtefällen	50
V. Einziehung von Verkörperungen eines Inhalts	50
1. Einziehungsbetroffene	50
2. Voraussetzungen	50
3. Folgen	51
a) Allgemein	51
b) Entschädigungspflicht bei Dritten	51
c) Ausnahmen	51
d) Rückausnahme bei unbilliger Härte	51
C. Ausschluss der Einziehung	51
D. Wirkung der Einziehung	54
I. Übergang des Eigentums auf den Staat	55
1. Eigentumsübergang in den Fällen des § 75 Abs. 1 S. 1 StGB	55
2. „Kleiner Auffangrechtserwerb“ gem. § 75 Abs. 1 S. 2 StGB	55
3. Rechtswirkung zwischen Einziehungsanordnung und Rechtskraft	56
II. Rechte Dritter	56
III. Ausschlussstatbestand des § 73e Abs. 2 StGB	57
IV. Verfahrensbeteiligung	57
1. Einziehungsbeteiligter gem. § 424 StPO	57
2. Nebenbetroffener gem. § 438 StPO	58
E. Allgemeine Grenzen	59
I. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	59
II. Zeitliche Grenzen, Verjährung	61
Kapitel 3. Vorläufige Sicherungsmaßnahmen	65
A. Instrumentarium	66
I. Sicherungsinstrumente	66
II. Voraussetzungen	67
1. Tatverdacht und Einziehungswahrscheinlichkeit	67
a) Dringende Gründe (hohe Wahrscheinlichkeit)	68
b) „Normale“ Wahrscheinlichkeit	68
2. Sicherungsbedürfnis	69
a) Strafrechtlicher Anordnungsgrund	69
b) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	70
c) Sicherung der Vollstreckung einer Geldstrafe und von Verfahrenskosten	72
3. Ausschluss der Anordnung	72
a) Anspruch des Verletzten erloschen	72
b) Wegfall der Bereicherung beim gutgläubigen Dritten	73
B. Verfahren der vorläufigen Sicherung	73
I. Zuständigkeit	73
II. Anordnung	74

III. Einziehungsadressat und Nebenbetroffener	74
IV. Vertretung des Einziehungsbeteiligten und Nebenbetroffenen	75
V. Rechtsmittel	76
1. Anordnung durch Ermittlungsbehörde	76
2. Gerichtliche Anordnung	76
3. Weitere Beschwerde	76
4. Gegenstandswert	76
VI. Dauer der Maßnahme	77
1. Ausgangslage	77
2. Neuregelung	77
3. Fortdauer und Verhältnismäßigkeit	78
4. Darlegungslast	78
C. Vollziehung und Wirkung	79
I. Zuständigkeit	79
1. Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft	79
2. Gerichtliche Entscheidung	80
II. Beschlagnahme nach § 111b StPO	80
1. Vollziehung	80
2. Wirkung	81
3. Herausgabe oder Austausch des Sicherungsgegenstandes	81
a) Grundsatz: Wirksamkeit bis zum Verfahrensabschluss	81
b) Ausnahmen	81
aa) Herausgabe an den Einziehungsbeteiligten bzw. Nebenbetroffenen	81
bb) Notveräußerung	81
cc) Herausgabe an den Verletzten	82
III. Vermögensarrest nach § 111e StPO	82
1. Vollziehung	82
2. Wirkung	84
3. Aufhebung der Vollziehung des Vermögensarrestes	84
a) Abwendung durch Geldsicherheit	84
b) Notlage des Beschuldigten	85
IV. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	85
1. Verbot der Übersicherung	85
2. Auswahlentscheidung beim Vollzug	86
3. Existenzschutz des Betroffenen	86
V. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	87
1. Maßnahmen der Staatsanwaltschaft	87
2. Entscheidung des Gerichts	87
VI. Verhältnis zum Insolvenzrecht	87
1. Wirkung der Insolvenzeröffnung	87
2. Beschlagnahme und Insolvenzverfahren	87
3. Arrest und Insolvenzverfahren	88
a) Straftat zum Nachteil der Allgemeinheit	88
b) Straftat zum Nachteil eines individuell Geschädigten	89
4. Insolvenzantrag der Staatsanwaltschaft	90
a) Beurteilungsspielraum	90
b) Zuständigkeit und Entscheidung über Antragstellung	90
c) Mangelfallgestaltung und rechtliche Grenzen	91
d) Zeitpunkt eines Insolvenzantrags	93
e) Rechtsbehelfe	94
5. Rolle des Insolvenzverwalters im Strafprozess	94
Kapitel 4. Die Entscheidung über die Einziehung	97
A. Einziehungsanordnung und deren Wirkung	97
I. Gerichtliche Entscheidung	97
1. Mögliche Verfahrenskonstellationen	97
2. Tenorierungsbeispiele	98

II. Wirkung	99
1. Einziehung	99
2. Wertersatzeinziehung	99
B. Selbständiges Einziehungsverfahren	100
I. Voraussetzungen	100
II. Zuständigkeit	100
III. Verfahren	100
C. Absehen von der Einziehung	101
I. Voraussetzungen	101
II. Zuständigkeit	103
III. Verfahren	103
IV. Verhältnis zwischen Absehen und Abtrennen von der Einziehung	103
D. Abtrennung der Einziehung	104
I. Voraussetzungen	104
II. Zuständigkeit	104
III. Verfahren	104
E. Einziehung im Nachverfahren	106
I. Voraussetzungen	106
II. Zuständigkeit	106
III. Verfahren	106
F. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	107
I. Gerichtliche Einziehungsentscheidung	107
1. Angeklagter	107
2. Einziehungsbeteiligter oder Nebenbetroffener	107
II. Reformatio in Peius	108
G. Einziehung im Jugendstrafverfahren	109
Kapitel 5. Die Vollstreckung der Einziehung	111
A. Abgrenzungsfragen und Regelungslücken	111
I. Wechselwirkungen zwischen Sicherung, Insolvenz und Vollstreckung	111
II. Regelungslücken	112
1. Stand der Rechtsprechung und praktische Erfahrungen	112
2. Notwendigkeit, Zeitpunkt der Mitteilungen gem. § 459i StPO, Insolvenzanztragspflicht bei Wertersatzeinziehung?	112
B. Vollstreckungsverfahren	113
I. Gegenstand des Vollstreckungsverfahrens	113
II. Zuständigkeiten	113
III. Vollstreckung und Insolvenz	114
C. Beteiligte des Vollstreckungsverfahrens	114
I. Einziehungsadressaten	114
II. Nebenbetroffene	116
III. Staat und Fiskus	117
1. Strafrechtlicher Anspruch des Staates eigener Art	117
a) Keine Rückgewinnungshilfe	117
b) Eigener Anspruch des Staates	117
c) Entstehung und Fälligkeit	117
d) Titulierung	118
e) Sicherung	118
f) Gesamtschuldnerschaft von Einziehungsschuldnern	118
2. Fiskus als Verletzter	118
IV. Gläubiger und Verletzte	118
1. Verletztenbegriff und Entschädigungsanspruch	118
a) Entschädigungsberechtigter Verletzter	119
b) Umfang des Entschädigungsanspruchs	119

2. Befriedigung von Schadenersatzansprüchen der Verletzten	120
a) Beschlagnahme Einziehungsgegenstände	120
b) Wertersatz einziehung	120
c) Gläubigergleichbehandlung	120
3. Gläubiger aber nicht Verletzter	121
V. Insolvenzverwalter	121
D. Entschädigung von Verletzten	121
I. Entschädigung bei Einziehung des Tatertrages	121
1. Sonderfall: bewegliche Sachen (in aller Regel Diebesgut)	121
a) Herausgabe an den letzten Gewahrsamsinhaber	122
b) Eigentum eines Verletzten	122
c) Offenkundigkeit	122
d) Fehlende Offenkundigkeit	122
e) Einziehung	122
f) Herausgabe oder Rückübertragung im Vollstreckungsverfahren	123
2. Übrige Fälle der Tatbeute	123
II. Entschädigung bei Einziehung des Wertes des Tatertrages	124
1. Ausgangssituation	124
2. Entschädigung im Strafvollstreckungsverfahren	125
a) Regelfall § 459h Abs. 2 StPO	125
b) Verfahren	125
c) Ausnahmefall, § 459m StPO	126
3. Entschädigung im Insolvenzverfahren	126
a) Antragsberechtigung	127
b) Zeitpunkt der Antragstellung	127
c) Form des Antrags	128
d) Folgen	128
E. Ausschluss der Vollstreckung der Einziehung	129
I. Anspruch des Verletzten erloschen	129
II. Unverhältnismäßigkeit der Vollstreckung	130
F. Ansprüche des Einziehungsbetroffenen	130
I. Rückübertragung bzw. Herausgabe an den Verletzten	131
II. Ausgleichsanspruch des Einziehungsadressaten	131
G. Entscheidungen im Vollstreckungsverfahren	132
Kapitel 6. Vermögensabschöpfung und Unternehmen	135
A. Das Unternehmen als (Dritt-)Betroffener	135
I. Organe des Unternehmens als Beschuldigte	135
1. Allgemeine Problematik – Zurechnung	135
2. Vorrang der Unternehmensbuße	137
3. Ermittlungsverfahren	138
a) Rechtsstellung des Unternehmens	138
b) Sicherungsmaßnahmen gegen das Unternehmen	139
c) Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	139
4. Gerichtsverfahren	141
a) Gerichtliche Hauptverhandlung gegen (ehemalige) Organe	141
aa) Beteiligtenrechte	141
bb) Einziehungsentscheidung	141
cc) Rechtsmittel	142
b) Selbständiges Einziehungsverfahren gegen das Unternehmen	142
aa) Beteiligtenrechte	142
bb) Verfahren	142
cc) Einziehungsentscheidung	142
dd) Rechtsmittel	142
5. Vollstreckungsverfahren	143

II. Mitarbeiter des Unternehmens als Beschuldigte	143
1. Allgemeine Problematik – Zurechnung	143
2. Vorrang der Unternehmensbuße	144
3. Ermittlungsverfahren	145
a) Rechtsstellung des Unternehmens	145
b) Sicherungsmaßnahmen gegen das Unternehmen	145
c) Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	146
4. Gerichtsverfahren	146
a) Gerichtliche Hauptverhandlung gegen Mitarbeiter	146
aa) Beteiligtenrechte	146
bb) Einziehungsentscheidung	147
cc) Rechtsmittel	147
b) Selbständiges Einziehungsverfahren gegen das Unternehmen	147
aa) Beteiligtenrechte	147
bb) Verfahren	147
cc) Einziehungsentscheidung	148
dd) Rechtsmittel	148
5. Vollstreckungsverfahren	148
III. Das Unternehmen als Betroffener ohne Beschuldigung gegen Mitarbeiter/ Organe	148
1. Allgemeine Problematik	148
2. Rechtsstellung des Unternehmens	149
3. Nachverfahren	149
B. Das Unternehmen als Geschädigter	150
I. Allgemeine Problematik	150
II. Rechtsstellung und Beteiligungsmöglichkeiten	150
III. Verletzteneigenschaft	151
IV. Strafvollstreckungsverfahren	152
1. Beschlagnahme bewegliche Sachen (in aller Regel Diebesgut)	152
2. Übrige Fälle der Beschlagnahme	153
3. Vermögensarrest	153
V. Insolvenzverfahren	154
1. Antragsberechtigung	154
2. Zeitpunkt der Antragstellung	154
3. Form des Antrags	154
4. Folgen	155
C. Das Unternehmen als (Dritt-)Betroffener und als Geschädigter	155
I. Allgemeine Problematik	155
II. Rechtsstellung des Unternehmens	156
Kapitel 7. Auslegungsfragen und Ermessensausübung	157
A. Auslegungsfragen	157
I. Ausgangssituation	157
1. Allgemein	157
2. Auslegungsmethoden	157
II. Auslegungshinweise	158
1. Allgemein	158
2. Grammatische Auslegung	158
3. Historische Auslegung	159
4. Verfassungskonforme Auslegung	159
5. EU-richtlinienkonforme Auslegung	160
III. Offene Rechtsanwendungsfragen	161
1. Notwendigkeit der Verteidigung	161
2. Mitwirkungspflicht und Verwertbarkeit im Strafverfahren	161
3. Entreichung und Resozialisierung	162

B. Praxis der Ermessensausübung	163
I. Allgemeine Hinweise zur Ermessensausübung	163
1. Allgemein	163
2. Ermessensausübung und Ermessensfehler	164
II. Offene Rechtsanwendungsfragen	164
1. Verhältnis zwischen Arrest und Sofortvollzug von Bescheiden	164
2. Verhältnis zwischen Absehen und Abtrennen der Einziehung	165
Kapitel 8. Gebührenrecht	169
A. Gebührentatbestände im RVG	169
B. Erfasste anwaltliche Tätigkeiten	170
C. Bemessung der Wertgebühr	171
Anhang	173
Änderung der wichtigsten StGB-Normen (Synopsis)	173
Änderung der wichtigsten StPO-Normen (Synopsis)	176
Richtlinie 2014/42/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 über die Sicherstellung und Einziehung von Tatwerkzeugen und Erträgen aus Straftaten in der Europäischen Union	181
Stichwortverzeichnis	183